

Inter-Nationalismus?

In der vorigen Ausgabe der Südostasien Informationen berichtete Einarhard Schmidt-Kallert von der Diskussion während der Mitgliederversammlung des Trägervereins der Südostasien-Informationsstelle unter dem Titel: "Solidarität mit der Dritten Welt in der Krise?" Wir wollen die Diskussion darüber, wenn möglich, weiterführen. Am Beispiel eines Seminars über die indonesische Gewaltherrschaft in Irian Jaya/Westpapua (Westneuguinea) und Osttimor läßt sich ein Solidaritätskonzept kritisieren, das auch schon vor den gegenwärtigen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklungen ein falsches gewesen ist.

Vom 20.-22. April fand im Missionskolleg der Ev.-luth. Kirche Bayerns in Neudettelsau (Mittelfranken) eine Tagung statt mit dem Titel "Westpapua und Osttimor - zwei Völker kämpfen ums Überleben". Erstaunlich viele Teilnehmer (etwa 50) waren gekommen - um es zu überspitzen: die eine Hälfte als Referenten oder als Vertreter kirchlicher Organisationen, die andere, weil die Tagung im Rahmen des "Pazifik-Forums" abgehalten wurde. Sehr viele Pazifik-, v.a. Papua-Neuguinea-Interessierte waren anwesend, die sich zum erstenmal mit den Nachbarregionen befaßten.

Das Programm war dichtgedrängt, zu dichtgedrängt. Trotz guter Informationsblöcke bleibt mir im Gedächtnis vor allem ein *Manko* der Tagung haften: kein Raum für Diskussion. Die wenige Zeit, die für mögliche Debatten vorgesehen, oder sagen wir: in den Arbeitsplan eingezwängt war, schrumpfte, da dieser wie üblich ausuferte, zu Momenten. Dabei hätte sich gerade die Diskussion gelohnt, denn etliche kontroverse Punkte kamen in Vorträgen zwar nicht zur Sprache, aber ans Tageslicht, und ich hatte mir für die Schlußdiskussion einige von ihnen aufgeschrieben. Die fiel aber gleichfalls aus - und so werde ich meinen Beitrag hiermit nachreichen.

Völker kämpfen ums Überleben?

Welche Kontroversen tauchten auf (oder ab)?

Die erste, die noch ein wenig andiskutiert werden konnte, entzündete sich an zwei Ethnologen-Filmen, die am Freitagabend gezeigt wurden. Es handelte sich um Aufnahmen von einem "Dorf" in Westneuguinea, die im Abstand von 25 Jahren gemacht worden waren. Dieselben Personen tauchten wieder auf, und an ihnen ließen sich die kulturellen Veränderungen in der Zeit der indonesischen Hoheit über das Gebiet anschaulich machen. Anmaßend war jedoch der Titel der Vor-

führung: "Westpapua, 30 Jahre im Bild". Die anwesenden Papuas protestierten dagegen, daß - wie jedesmal - "die" Papuas als diejenigen dargestellt würden, die nackt bis auf den Penisköcher mit Speeren, viel Farbe im Gesicht und lautem Geschrei gegeneinander ins Feld zögen. Keine Rolle würden die papuanischen Ärzte, Rechtsanwälte, Schriftsteller spielen.

Ohne jetzt auf die Berechtigung dieser Kritik in Hinblick auf die gezeigten Filme einzugehen, zeigt dieser Einwand den Zipfel eines ganz anderen Problems: Das Thema der Tagung bezeichnete "Völker", die ums Überleben kämpfen. Bei allen Vorbehalten dem Gebrauch des Begriffs "Volk" gegenüber - dieser Ausdruck meint aber doch *soziale* Gebilde, und zwar solche, die aus Menschen mit mehr oder weniger ähnlicher Kultur (Lebensweise) und einem Bewußtsein davon bestehen. Eine solche Gemeinsamkeit, relative Einheitlichkeit der Papuas in Westneuguinea läßt sich nun sozial gar nicht, sondern nur noch *biologisch, rassistisch* postulieren ("Melanesier").

Richtiger wäre also gewesen, hätte man von Menschen, die um ihr Überleben kämpfen, und von verschiedenartigen Kollektiven geredet, die um ihren Fortbestand fürchten. Wem diese Richtigstellung zu spitzfindig erscheint, möge sich klarmachen, daß in der ganzen politischen Argumentation pro und contra eines unabhängigen Westneuguineas - sei es von Papuas, die die Indonesier bekämpfen, sei es von solchen, die mit diesen zusammenarbeiten - die ganze Legitimation der Sprecher aus der Vertretung eines ganzen Volkes bezogen wird (anstatt aus ihren ja durchaus berechtigten Eigeninteressen).

Kein Zusammenleben verschiedener Rassen?

Eine zweite Kontroverse bestand zwischen zwei Hauptreferenten der Tagung, ohne daß sie thematisiert worden wäre,

ja, ich vermute: ohne daß sie vielen bewußt geworden ist. In seinem Referat über "Westpapua, Menschen im Widerstand" sprach Viktor Kaisiepo von der Westpapua-Volksfront eine richtige, wichtige und - da seltene - bewundernswerte Einsicht aus: Die in Westneuguinea mittlerweile lebenden Hunderttausende von Indonesiern sollen auch in einem politisch unabhängigen Westpapua leben und das Leben mitgestalten können. Er fügte hinzu, daß er damit nur für seine kleine Organisation, nicht jedoch für den Zusammenschluß OPM (Organisation Freies Papua) sprechen könne. Diese Aussage fiel am Samstagnachmittag.

Am Vormittag jenes Tages hatte Klemens Ludwig von der Gesellschaft für bedrohte Völker einen Diavortrag gezeigt mit dem Titel: "Die Unterwerfung Westpapas und Osttimors durch Indonesien". Irgendwann gegen Ende seiner Präsentation sagte der Referent zu einem Bild, daß auf einer Straße einen Papua und einen javanischen Soldaten zeigte, sinngemäß: Schon an ihrem völlig verschiedenen Aussehen läßt sich erkennen, daß Papuas und Javaner nicht zusammenleben können. Um es sehr gemäßigt auszudrücken: Dies ist eine äußerst bedenkliche Aussage, und ich mäßige mich nur, weil ich dem, der sie tat, Besseres zutraue und annehmen will, daß er sich versprochen hat. Das wäre Apartheidsideologie!

Handelte es sich lediglich um diesen sprachlichen Ausrutscher, ließe sich zur Not ja darüber hinweggehen. Solche Argumentationsmuster kommen aber leider nicht nur bei jenen vor, die politische Herrschaft mit andersartigem Aussehen (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus) rechtfertigen, sondern auch bei jenen, die Andersartigkeit postulieren, um politische Unabhängigkeit einzufordern. Viktor Kaisiepos implizites Bedauern, daß seine Position innerhalb der Befreiungsbewegung nicht mehrheitsfähig ist, weist darauf hin.

Historische und/oder ethnische Verschiedenheit?

Ganz eng mit diesem Problem hängt ein drittes zusammen, das ebenfalls auf dem Postulat der Verschiedenheit beruht, die jedoch nicht biologisch, sondern *scheinbar sozial* hergeleitet wird. Hier spielen "Geschichte" und "Tradition", häufig "historische Rechte", und "ethnische Unterschiede" eine gewichtige Rolle. Wieder tauchten bei zwei Hauptreferenten des Seminars entgegengesetzte Argumentationsmuster auf, ohne daß jene deren Tragweite selbst innewurden.

José Manuel Guterres von der Fretilin, der Revolutionären Front des Unabhängigen Osttimors, beantwortete die Frage, warum denn Osttimor von dem indonesischen Westtimor staatlich verschieden sein müsse, mit dem Hinweis auf eine 400jährige unterschiedliche koloniale Geschichte (im Osten Portugal, im Westen die Niederlande). Bei der Anzahl der Jahre hat er zwar tüchtig übertrieben, denn beiden Kolonialmächten gelang es erst am Ende des vergangenen Jahrhunderts, wirkliche territoriale Kontrolle auszuüben, - doch ihr Kern ist klar: unterschiedliche Geschichte (und sei sie von Kolonialmächten erzwungen), daher Recht auf politische Unabhängigkeit. Hier hätte nun eigentlich Viktor Kaiseipo energisch einschreiten müssen, ist dies doch seit 1945 die Argumentation der indonesischen Regierung *gegen* die Unabhängigkeit Westpapas: die über 100 Jahre umfassende gemeinsame Vergangenheit als niederländische Kolonie.

Umgekehrt hätte bei der Begründung für die politische Unabhängigkeit Westneuguineas von Indonesien, nämlich der ethnischen Verschiedenheit der jeweils dort Lebenden, José Guterres protestieren müssen. Die ethnische *Verwandtschaft* der Menschen in Ost- und Westtimor dient der indonesischen Regierung dazu, für die Integration Osttimors in den indonesischen Staatsverband zu werben.

Der kniffligen Entscheidung, welche der beiden Argumentationen wohl die richtigere ist, weiche ich aus - indem ich nämlich behaupte, daß beide grundfalsch sind. (Genauso wie ich es für absurd halte, die gemeinsame Geschichte *und* die ethnische Verwandtschaft der Deutschen in Ost und West als Grund und Rechtfertigung für ein staatliches Zusammengehen zu erachten.) Beide sind ideologische Formeln, die mit größter Beliebigkeit von Regierungen für ihre Legitimation, aber - wie wir sehen - auch von Befreiungsbewegungen benutzt werden.

Emanzipation nur durch Staatsgründung?

Eine vierte Kontroverse habe ich selbst in einer Arbeitsgruppe einzubringen versucht. Ich hinterfragte im Falle Osttimors kritisch die einseitige Festlegung der Unabhängigkeitsbewegung und der Solidaritätsgruppen auf diplomatische Lösun-

gen des Konflikts. Da die Annexion Osttimors durch Indonesien 1975/76 noch nicht international anerkannt ist, macht es durchaus Sinn, das ansonsten vergessene Leiden der Osttimoresen vor UN-Gremien zu tragen und zu versuchen, über das als ehemalige Kolonialmacht völkerrechtlich weiterhin verantwortliche Portugal Druck auf Indonesien auszuüben. Da sich jedoch Portugal in den ersten zehn Jahren nach der Annexion um die Osttimoresen nicht geschert hatte und da die Galionsfigur des heutigen portugiesischen Engagements, Staatspräsident Mario Soares, in vergangenen Jahren in den weit einflußreicheren Positionen des Außenministers und Regierungschefs nicht anstand, jede Gelegenheit des Einsatzes für Osttimor *auszulassen*, bleibt doch arg fraglich, ob sich Portugal nicht irgendwann bei passender Gelegenheit - ohne Gesichtsverlust - aus der ganzen Angelegenheit verabschieden wird. Und dann ständen die Osttimoresen, die im Kampf um Unabhängigkeit v.a. auf diese Karte gesetzt haben, vor dem Nichts.

Das könnte nun als rein taktische Frage behandelt werden - allein denke ich, daß Kritik und Kontroverse tiefer reichen. Mein Vorschlag nämlich, die vielen Einzelpersonen und Gruppen in Indonesien, die sich um eine Demokratisierung des Regimes - und damit um ihre Selbstbestimmung! - bemühen, als *Verbündete* der um Selbstbestimmung ringenden Osttimoresen zu betrachten, - und weitergehend meine Frage, ob nicht in einem demokratischen Indonesien, das den Menschen größtmögliche individuelle und kollektive Selbstbestimmung zubilligt, *irrelevant* geworden wäre, ob Osttimoresen und Westpapas einen "eigenen" Staat erhalten sollten, wurden in der Arbeitsgruppe als "seltsam" abgetan. Merkwürdig ist aber mehr diese Reaktion (wenn auch nicht *seltsam*, da üblich), die deutlich macht, daß in der Solidaritätsarbeit Befreiung gar nicht mehr ohne Staats(neu)gründung gedacht werden kann, sozusagen Emanzipation. Einen absurden Höhepunkt dieser Verbohrtheit dürfte Pfarrer Knoch von der Lissaboner Organisation "Frieden ist möglich in Osttimor" geliefert haben, als er davon berichtete, daß seine Gruppe einen Aufruf erhalten hatte, an die indonesische Regierung zu appellieren, das historische Senen-Stadtviertel in Jakarta nicht abzureißen. Sie hätten überlegt, ob sie solch einen Appell unterschreiben könnten, hätten sich jedoch dagegen entschieden, weil: Osttimor nicht zu Indonesien gehöre, und, wie sich Indonesien nicht in Osttimor einzumischen habe, sie sich auch nicht in Indonesien einmischen wollten!

"Solidarität mit der Dritten Welt in der Krise"!

So weit die Tagung. Läßt sich von ihr etwas lernen für die "in der Krise" steckende "Solidarität mit der Dritten Welt" (Einhard Schmidt-Kallert in der vori-

gen Ausgabe)?

Die Solidaritätsarbeit ist meiner Meinung nach nicht deswegen in der Krise, weil es weltpolitische und weltwirtschaftliche Umbrüche gegeben hat und weiter gibt. Sie ist es, weil etliche der ihr zugrundeliegenden Konzepte falsch waren (und immer falscher werden) und weil deren Falschheit angesichts der neueren Entwicklungen nur offenbar geworden ist. Fast die ganze Linke steht der Konjunktur des *Volkheitskollers* (Karl Kraus "Fremdworteindeutschung" für Nationalismus) fassungs- und konzeptlos gegenüber. Ihm ist nichts entgegenzusetzen, weil Jahrzehnte hindurch der Nationalismus der kolonisierten Völker (wohl eher ihrer modernisierten Eliten) positiver Bezugsrahmen der antiimperialistischen Solidaritätsarbeit gewesen ist. Nur ab und zu gab es ein wenig Unwohlsein, wenn man als "Deutscher" gelobt wurde: z.B. von palästinensischen Nationalisten, weil Hitler die Juden vernichtet, oder von nordirischen Nationalisten, weil Hitler gegen England Krieg geführt hatte. Nationalismus ist entgegen der Ansicht von Lenin und Mao Zedong und Leopoldo Mármora und entgegen des Anspruchs z.B. der NDF in den Philippinen kein fortschrittliches, sondern ein letztlich anti-emanzipatorisches Konzept. Und dabei hatte das Motto der KP-Organen "... unterdrückte Völker vereinigt euch!" noch durchaus emanzipatorischen Gehalt, vergleicht man es mit seiner Degeneration zum Recht der "bedrohten Völker", einen eigenen Zwangsapparat (= Staat) ins Leben zu rufen.

Internationalismus ist nur noch ein Schlagwort. Heute triumphiert im Internationalismus der "Solidarität mit den unterdrückten Völkern" das völkische Ideal. Und das ist ein Totschlagwort.

Klaus Marquardt

Der Verfasser ist seit 1988 Redaktionsmitglied der "Südostasien Informationen".